

Tag 1 - 05.11.2022

Beginn am 05.11.22: 11.30 Uhr

Ende am 05.11.22: 18.30 Uhr

TOP 1: Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der vorläufigen Beschlussfähigkeit

Der amtierende Bundesvorsitzende Marcel Krohn eröffnet die Sitzung mit einem kurzen Redebeitrag.

TOP 2: Wahl des Versammlungsleiters, Wahl des Protokollführers, des stellvertretenden Versammlungsleiters und des stellvertretenden Protokollführers

Vorgeschlagen wurden Thomas Kreidemeier als Versammlungsleiter, Marcel Krohn als Protokollführer, Bastian Röhm als stellvertretender Versammlungsleiter und Evgueni Kivman als stellvertretender Protokollführer.

Wahl des Versammlungsleiters: Thomas Kreidemeier wird mit großer Mehrheit gewählt.

Wahl des Protokollführers: Marcel Krohn wird mit großer Mehrheit gewählt.

Wahl des stellvertretenden Versammlungsleiters: Bastian Röhm wird mit großer Mehrheit gewählt.

Wahl des stellvertretenden Protokollführers: Evgueni Kivman wird mit großer Mehrheit gewählt.

TOP 3: Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung (durch den Versammlungsleiter); ggf. Beschluss: Rederecht der Gäste

Anträge zur Geschäftsordnung

Antrag zur Geschäftsordnung von Susanne Berghoff: Der BPT möge für nicht beschlussfähig erklärt werden, da aufgrund des fehlenden Protokolls keine ordnungsgemäße Einladung erfolgt sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Ladung

Die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung wird festgestellt.
Es sind keine Gäste anwesend.

Thomas Kreidemeier beantragt eine Redezeitbegrenzung von 2 Minuten für ersten Wortbeitrag und einer Minute für jeden weiteren Wortbeitrag zum selben Antrag bzw. Unter-TOP.

Der Antrag wird angenommen.

TOP 4: Abstimmung über die vorläufige Tagesordnung

Anträge zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, TOP 5a, 5d, 5e, 14c, 14e, 14j zu streichen.
Der Antrag wird angenommen.

Thomas Kreidemeier beantragt eine Veränderung der Tagesordnung. Die Änderungsanträge werden vor die Hauptanträge gestellt und die nicht zugelassenen Anträge werden gestrichen.
Ersteres betrifft die Hauptanträge 11 i (AK 11), dazu Änderungsantrag AK61; 12 i (AK20), dazu Änderungsantrag AK 62; 12 M (AK24), dazu Änderungsantrag AK63. Der Antrag wird angenommen.

Heidi Stümges mahnt die verspätete Zusendung der Antragsunterlagen an die 1. Kammer des BSG durch die Antragskommission an, die eine verantwortungsvolle Prüfung verunmöglicht.

TOP 5: Anträge Teil 1

b) Bundesvorstand – Bundessatzung – Delegiertenparteitag

Antrag zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 5b (AK 1) wird mit 15 Nein zu 11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. **c) Landesvorstand NRW – Schatzmeisterei**

Antrag zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 5 c (AK 2) wird mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman schlägt vor, den TOP 14 d) (AK 33) vorzuziehen und festzustellen, dass er im Sinne von § 6.8 GO zum BPT ein Änderungsantrag zu AK 3 ist. Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung zu 14 d) Bundesvorstand – Bundessatzung – textlich statt schriftlich Der Antrag 14 d wird mit großer Mehrheit angenommen.

f) Bundesvorstand – Bundessatzung – Corporate Identity

Der Antrag 5 f (AK3) wird mit großer Mehrheit angenommen.

g) Bundesschiedsgericht – Ergänzungsantrag Antragskommission

Der Antrag 5 g (AK4b) wird mit großer Mehrheit angenommen.

h) Bundesvorstand – Bundessatzung – Antragskommission

Der Antrag 5 h (AK4a) wird mit großer Mehrheit angenommen.

**i) Bundesvorstand – Bundessatzung – Einspruch
gegen Antragskommissionsbeschlüsse**

Der Antrag 5 i (AK5) wird mit großer Mehrheit angenommen.

Thomas Kreidemeier schlägt vor, die Mittagspause vorzuziehen. Diesem Vorschlag stimmt die Mehrheit zu.

*Mittagspause
13:06 bis 13:48*

TOP 6: Politischer Rechenschaftsbericht

Bundsvorsitzender Robert Gabel trägt den politischen Rechenschaftsbericht mit Schwerpunkt Niedersächsische Landtagswahl vor.

TOP 7: Finanzieller Rechenschaftsbericht

Bundesschatzmeisterin Andrea Dörner trägt den finanziellen Rechenschaftsbericht 2019 vor.

TOP 8: Vorbereitung: Vorschläge Kandidaturen

Wahlhelferteam:

Manfred Gunkel, Michael Siethoff, Angelika Remiszewski, Matthias Gottfried werden per Akklamation bestimmt

TOP 9 – Nachwahlen des Bundesvorstands

Wahl der stellvertretenden Schatzmeisterin

Zwei Kandidatinnen: Miruna Xenocrat und Gertraud Götz-Volkman

Jennifer Witte verliert Miruna Xenocrats schriftlich verfasste Bewerbung.

Gertraud Götz-Volkman stellt sich fernmündlich vor.

Von 33 abgegebenen Stimmen entfallen 14 auf Miruna Xenocrat, 17 auf Gertraud Götz-Volkman. Es gibt eine Enthaltung und eine ungültige Stimme.

Gertraud Götz-Volkman nimmt die Wahl an.

Wahl der Beisitzer:innen

Abstimmung über das Wahlprozedere: Thomas Kreidemeier schlägt vor, dass jede:r Wahlberechtigte bei der Beisitzer:innen-Wahl nur 2 Stimmen haben soll. Der Vorschlag wird mit 15 Ja zu 10 Nein-Stimmen angenommen.

Bei 33 abgegebenen Stimmen entfallen
auf Silke Schieß 21
auf Fatima Zibi 13
auf Scarlett Treml 24

Silke Schieß und Scarlett Treml nehmen die Wahl an.

TOP 10: Weitere Nachwahlen, insbesondere zum Bundesschiedsgericht

Bundesschiedsgericht 1. Kammer, Beisitz
Kandidatin: Miruna Xenocrat

30 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, zwei ungültige Stimmen
Miruna Xenocrat ist damit zur Beisitzerin in der 1. Kammer des Bundesschiedsgerichts gewählt.

TOP 11: Anträge, Teil 2

- a) 10 Mitglieder – Ersetzungsantrag Kostenerstattung 1**
- b) Bundesschiedsgericht – Ersetzungsantrag Kostenerstattung 2**
- c) Bundesvorstand – Bundesfinanzordnung – Kostenerstattung n. Kilometerpauschale**

Anträge zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

Thomas Kreidemeier schlägt vor, zunächst alternativ über 11 a (AK7c) und 11 b (AK7b) abzustimmen.
Der Antrag wird angenommen.

Alternativabstimmung über 11 a (AK7c) und 11 b (AK7b)
Der Antrag 11 a (AK7c) erhält die meisten Stimmen.

Abstimmung über 11 a (AK7c)
Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung über 11 c (AK7a) (mit den Änderungen durch 11 a)
Der Antrag wird angenommen.

d) Bundesvorstand – Bundessatzung – Mandatsträgerbeiträge
Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 11 d (AK 8a) wird mit großer Mehrheit angenommen.

e) Landesvorstand BaWü – Änderungsantrag

Mandatsträgerbeiträge Der Antrag 11 e (AK 8c) wird angenommen.

f) Bundesvorstand – Bundesfinanzordnung – Mandatsträgerbeiträge

Der Antrag 11 f (AK 8b), geändert durch 11 e, wird mit 19 Ja-Stimmen zu 8-Nein-Stimmen angenommen.

g) 10 Mitglieder – Bundessatzung – Aufstellungsversammlungen

Der Antrag 11 g (AK 9) wird angenommen.

h) 10 Mitglieder – Bundessatzung – Transparenz Protokolle

Der Antrag 11 h (AK10) wird angenommen.

i) 10 Mitglieder – Bundessatzung – Transparenz Sitzungen

Antrag zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, den Antrag 11 i nach hinten zu verschieben.
Der Antrag wird abgelehnt.

AK61 - Änderungsantrag zu 11 i (AK11)

Der Antrag AK61 wird angenommen.

Hauptantrag 11 i

Der Antrag 11 i (AK11) wird abgelehnt.

TOP 12: Anträge Teil 3, alle zum Grundsatzprogramm

Antrag zur Geschäftsordnung

Thomas Kreidemeier beantragt, den Initiativ-Änderungsantrag zu Kriegswaffenexporten vor TOP 12s einzusortieren, den Initiativ-Antrag zu Kinderrechten in TOP 12a einzusortieren, den Initiativ-Antrag zur Finanzmarktpolitik in TOP 12b einzusortieren; den Initiativ-Antrag zur regelmäßigen Finanzübersicht für Landesvorstände hinter TOP 16q einzusortieren; den Initiativ-Antrag zu regelmäßigen Mitgliederlisten dahinter einzusortieren.

Der Antrag wird angenommen.

a) ursprüngl. Landesvorstand MV, jetzt Initiativantrag – Kinder- und Jugendrechte

Bezeichnung des Antrages: Kinder- und Jugendrechte in unser Grundsatzprogramm

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ beschließt, unser Grundsatzprogramm um folgende Ziele zu Kinderrechten zu ergänzen bzw. die bestehenden Forderungen dort zu bündeln. Es soll unter „6.4 Kinder- und Jugendrechte“ neu hinzugefügt werden.

„Die Kinderrechte sind in Art. 6 GG mit dieser neuen Formulierung aufzunehmen: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen als vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt zu behandeln. Jedes Kind hat bei staatlichen Entscheidungen, die seine Rechte betreffen, einen Anspruch auf Gehör und auf Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ Diese Formulierung wird vom DBJR empfohlen.

Kinder sind Träger:innen eigener Rechte und somit Rechtssubjekte. Wir fordern das Recht aller Kinder auf bestmögliche Entwicklung, Entfaltung, Bildung, sowie auf Schutz vor Gewalt und möglichen Gefährdungen. Kinder sind weitestmöglich an allen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind oder sein werden, einzubinden. Unsere Gesellschaft muss sich verpflichtet fühlen, Chancengerechtigkeit und kindgerechte Lebensbedingungen für alle Kinder zu gewährleisten und die Politik muss hierfür die gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten schaffen.

Wir fordern eine Ausbildungsgarantie und Mindestausbildungsvergütung, denn jeder junge Mensch muss die Möglichkeit haben, ohne finanzielle Nöte seiner Ausbildung nachzugehen. Hierbei sind insbesondere Fahrt- und Übernachtungskosten zu übernehmen.

Wir möchten das Ende jeglicher Diskriminierung von Kindern aus Regenbogenfamilien und die Rechte von trans* und inter*geschlechtlichen Kindern und Jugendlichen stärken.

Deutschland und die EU müssen sich für ein echtes und wirksames Lieferkettengesetz und die Förderung von Fairtrade zum Schutz vor Kinderarbeit einsetzen. Kinderarbeit muss zugunsten von Schulbildung, medizinischer Versorgung und umfassenden Kinderrechten weltweit abgeschafft werden.

Kinder und Familien aus Geflüchtetenlagern und aus Seenotrettung müssen aufgenommen werden, da die Zustände sonst unzumutbar sind. Und sie brauchen sofortigen Zugang zum Gesundheitssystem sowie zu Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Eine Kindergrundsicherung muss eingeführt werden, da die finanziellen Mittel nach dem SGB nicht ausreichen. Kinder- und Jugendarmut muss mit einem nationalen Schwerpunktprogramm beseitigt werden, das eine Kombination von kurz- und langfristigen verschiedensten Ansätzen beinhaltet.

Der Schutz und die Prävention vor Mobbing, insb. Online-Mobbing, Datenschutz- und Privatsphärenverletzungen und Cyberkriminalität muss ausgebaut werden, wozu auch der Einsatz für eine entsprechende internationale Internet-Governance gehört. Der Zugang zu Hardware und Breitband-Online-Zugängen muss für alle Jugendlichen ermöglicht werden.

Die Präventionsarbeit gegen Gewalt, Diskriminierung, Missbrauch und Ausbeutung muss weiter ausgebaut werden. Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und Selbstbestimmung ist zu wahren. Das Bewusstsein, wie schädlich Leistungsdruck für Kinder und Jugendliche ist, muss gesellschaftlich gestärkt werden. Psychische Belastungen und Erkrankungen fangen immer früher an und sind häufiger, sodass auch die psychologische Beratung an Schulen ausgebaut werden muss.

Medizinisch nicht nötige körperliche Eingriffe an Kindern, etwa Geschlechtsanpassungen und Beschneidungen, dürfen nicht sein, wofür entsprechende Aufklärungskampagnen stärker unterstützt werden müssen, etwa zur Bekämpfung weiblicher Beschneidungen.“ Der letzte Satz in 12.4 des Grundsatzprogramms wird entsprechend gestrichen.

„Die Mobilität von Kindern und Jugendlichen muss verbessert und finanzierbar gemacht werden, etwa durch kostenfreies Fahren im ÖPNV und den Ausbau von Rad- und Fußwegen sowie die Reduzierung von Autoverkehr in Wohngebieten.

Jugendfreizeiteinrichtungen müssen deutlich ausgebaut und personell aufgestockt werden. Hier sollen verstärkt u.a. sportliche, künstlerische, handwerkliche und mediengestaltende Angebote gemacht sowie ethische, ökologische und soziale Werte vermittelt werden. Es muss zudem grundsätzlich eine garantierte Ganztagsbetreuung geben. Nachhilfeangebote müssen ausgeweitet und insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostengünstig oder kostenfrei angeboten werden.

Das Wahlalter muss deutlich gesenkt und Probewahlen an möglichst allen Schulen ermöglicht werden. Jugendparlamente mit echtem Anhörungs- und Mitspracherecht in den politischen Gremien müssen flächendeckend eingerichtet werden und ein eigenes Budget erhalten.

Die Klimapolitik muss in Anbetracht der Folgen für die jetzt lebenden Kinder deutlich ernster genommen werden und die Forderungen der Kinder und Jugendlichen in die klimapolitischen Entscheidungen einbezogen werden.

Wir möchten einen bundesweit einheitlichen Sommerferienkorridor, damit die ehrenamtliche Jugendarbeit besser ausgeübt werden kann.“

Begründung: Wir sind die Partei der Stimmlosen und Schwächeren. Hierzu gehören insbesondere Kinder und Jugendliche – und zwar weltweit. Der erste Grundstein, die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen zu stärken, ist mit diesem Antrag gelegt und soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Initiativantrag wird angenommen.

b) ursprüngl. Bundesvorstand, jetzt Initiativantrag – Finanzmarktpolitik

Bezeichnung des zu ändernden Antrages: Finanzmarktpolitik ins Grundsatzprogramm

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ beschließt, unser Grundsatzprogramm um folgende Ziele zur Finanzmarktpolitik zu ergänzen bzw. die bestehenden Forderungen dort zu bündeln. Es soll unter „8.3 Finanzmarktpolitik“ neu hinzugefügt werden:

"Die Finanzmärkte bergen Risiken für die Wirtschaft und das Leben auf der Erde, aber können auch der Schlüssel für bessere Entwicklungen sein. Dies hängt davon ab, welche Weichenstellungen die Politik vornimmt. Wir möchten eine globale Governance der Finanzmärkte, die klare Regeln aufstellt und durchsetzt.

Die Finanzwirtschaft darf nicht primär darauf ausgerichtet sein, Gewinne für Wenige zu erzielen und große Vermögen durch Erzielung von möglichst hohen Renditen noch größer zu machen, sondern muss stets als mindestens gleichwertiges Ziel auch das Gemeinwohl fördern und positive Beiträge zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten, insbesondere zur Finanzierung notwendiger Transformationen wie z.B. der Umstellung auf klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften.

Hochriskante Finanzspekulationen destabilisieren die Weltwirtschaft, indem sie krisenhafte Entwicklungen beschleunigen und verschärfen. Marktwirtschaft ohne umfassende Regulierung hat erfahrungsgemäß stets die Tendenz, globale Ungerechtigkeiten zu vergrößern, und zu Armut, Krankheit, Hunger, Konflikten, Umweltzerstörung und Tierleid zu führen. Es ist daher dringlich, Märkte und insbesondere Finanzmärkte grenzübergreifend stärker zu regulieren und zu überwachen. Steuern auf Transaktionen auf den Finanzmärkten müssen ebenfalls eine Option sein, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und globale Herausforderungen finanzierbarer zu machen.

Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität müssen konsequenter bekämpft und entsprechend geschultes Personal in ausreichender Anzahl eingestellt werden. Die zahlreichen Leaks zeigen auf: Die Geschäftspraktiken der legalen, halblegalen und illegalen Steuervermeidung sind aus dem Ruder gelaufen, teilweise beteiligten sich sogar Regierungsmitglieder und demokratische Institutionen konnten oder wollten nichts ausrichten. Die Finanzmärkte mit ihren zahlreichen sogenannten Steueroasen, den weitgehend unreguliert agierenden Schattenbanken sowie fatalen Gesetzeslücken (beispielsweise bei den Cum-Ex-Geschäften) müssen daher grundlegend und unter Beteiligung sämtlicher Staaten reformiert werden. Es muss eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen eingeführt werden, die Konzerne wirksam erfasst und eine entsprechende Besteuerung in den Ländern vorsieht, in denen die Gewinne erwirtschaftet werden, insbesondere im Digitalbereich.

Staatliche Stellen sollten sich nicht an hochriskanten Finanzmarktgeschäften beteiligen. Öffentlich-rechtliche Finanzinstitute müssen sich vorrangig der Versorgung der regionalen Wirtschaft mit Krediten und den serviceorientierten, gemeinwohlorientierten Finanzdienstleistungen für Bürger:innen und Organisationen widmen. Es sind auf allen Ebenen, möglichst für alle professionellen Finanzmarkt-Akteure, Divestment-Richtlinien einzuführen, die unethische und unökologische Beteiligungen und Finanzgeschäfte entgegenwirken. Hierbei sollen neben klimapolitischen und menschenrechtlichen Aspekten auch tierschutzpolitische Ziele einbezogen werden.

Die Rente muss grundsätzlich umlagebasiert bleiben, ist aber durch betriebliche Renten zu ergänzen. Ein rein finanzmarktbasiertes Rentensystem lehnen wir ab, da dies ein zu großes Risiko für die Rentenansprüche darstellt und zugleich zur Destabilisierung der Weltwirtschaft beitragen kann. Sollten staatliche Fonds eingerichtet werden, müssen diese strengste Divestment-Kriterien erfüllen.

Eine strikte, unflexibel ausgelegte Schuldenbremse kann die notwendige Umstellung unserer Wirtschaft und Verwaltung auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit behindern und ist daher abzulehnen. Wir befürworten vielmehr ein gerechteres Steuersystem, das Vermögende solidarischer einbezieht, und mutige Zukunftsinvestitionen, um die großen Herausforderungen einer konsequenten Klimapolitik und ethisch-nachhaltigen Landwirtschaft zu bewältigen.

Digitale Währungen und Blockchains bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind teilweise mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft und entziehen sich mitunter Prinzipien von Gerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. Hier sind innovative Lösungen zu entwickeln, die ethischen Ansprüchen genügen und zugleich die Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

Es ist ein wissenschaftlich begleitetes Konzept zur Einführung einer Maschinensteuer bzw. Produktivitätsabgabe zu erarbeiten, um die Finanzierbarkeit öffentlicher Aufgaben bei zunehmender Automatisierung zu gewährleisten."

Begründung: Zur Finanzmarkt-Politik fehlte bislang ein entsprechendes Kapitel in unserem Grundsatzprogramm.

Der Antrag wird angenommen.

c) Bundesschiedsgericht – Pressefreiheit

Der Antrag 12 c (AK14) wird angenommen.

d) Bundesvorstand – Demokratie

Anträge zur Geschäftsordnung

Thomas Kreidemeier beantragt eine Verschiebung von 12 d hinter 12 s.

Der Antrag wird angenommen.

Evgueni Kivman beantragt, 12e (AK16a) und 12 f (AK16b) auf den folgenden Tag verschieben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es wird beantragt, dass der Versammlungsleiter den Antrag nochmals vorlesen möge.

Der Antrag wird angenommen.

e) Alternativabstimmung: Gesundheitspolitik Antrag Landesvorstands MV (AK16b) vs. Antrag Bundesschiedsgericht (AK16a)

Es entfallen 8 Stimmen auf AK16a und 13 Stimmen auf AK16b bei 7 Enthaltungen.

Danach wird der Antrag des Landesvorstands MV (AK 16b) angenommen.

f) 10 Mitglieder: Angeln (AK17)

Der Antrag 12 f wird angenommen.

g) 10 Mitglieder: Bildungspolitik (AK18)

Der Antrag 12 g wird angenommen.

h) 10 Mitglieder: Ernährung (AK19)

Der Antrag 12 h wird angenommen.

i) 10 Mitglieder: Haustiere 1 (AK 20)

Änderungsantrag zu Haustiere 1 (AK62)

Der Antrag AK62 wird angenommen.

Abstimmung über den Hauptantrag:

Der Antrag 12 i (AK 20) wird angenommen.

j) 10 Mitglieder: Haustiere 2

Der Antrag 12 j (AK21) wird angenommen.

k) 10 Mitglieder: Haustiere 3

Der Antrag 12 k (AK22) wird angenommen.

l) 10 Mitglieder: Klimaschutz

Der Antrag 12 l (AK23) wird angenommen.

m) 10 Mitglieder: Tierhaltung 1

Änderungsantrag zu 12 m (AK63)

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 12 m (AK24) (durch AK63 geändert) wird angenommen.

n) 10 Mitglieder: Tierhaltung 2

Der Antrag 12 n (AK25) wird angenommen.

o) BuVo – LSBTTIQ-Erweiterung

Der Antrag 12 o (AK26) wird angenommen.

p) BSG – Bauen – Ergänzungsantrag

Der Antrag 12 p (AK27b) wird angenommen.

q) BuVo – Bauen (durch 12 p / AK27b geändert)

Der Antrag 12 q (AK27a) wird angenommen.

r) BuVo – Bußgelder und Verwaltungsgebühren

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 12 r (AK28) wird angenommen.

Initiativantrag: Änderungsantrag zum Hauptantrag „Erweiterung unseres Grundsatzprogramms hinsichtlich eines Verbots von Kriegswaffenexporten“

Der Bundesparteitag möge beschließen: Aus dem Satz „Wir treten daher für ein grundsätzliches und ausnahmsloses Exportverbot von Kriegswaffen und einen verantwortungsvollen und zurückhaltenden Export von sonstigen Rüstungsgütern ein, der durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz geregelt wird.“ sollen die Worte „und ausnahmsloses“ gestrichen werden. Folgen soll der Satz „Für eine Ausnahme vom Kriegswaffenexportverbot sind hohe

Rechtfertigungshürden zu benennen.“

Des Weiteren soll der Satz „Der Export von Kriegswaffen in andere Staaten ist ausgeschlossen.“ durch Folgendes ersetzt werden: „Der Export von Kriegswaffen in andere Staaten ist ausnahmslos nur dann möglich, wenn das legitime Recht eines Volkes auf Selbstverteidigung angesichts eines gewaltsamen Angriffs unterstützt werden soll. Für die Entscheidung über Art und Umfang eines Kriegswaffenexports bedarf es der Mehrheit des Deutschen Bundestags.“

Begründung: Der russische Angriff auf die Ukraine erfordert eine Neujustierung; ein ausnahmsloses Kriegswaffenexportverbot erscheint ethisch nicht mehr die beste Lösung zu sein. Gleichwohl soll deutlich werden, dass wir uns als pazifistische Partei sehen und ein Kriegswaffenexport aus geostrategischen oder wirtschaftlichen Gründen für uns nicht in Betracht kommt.

Der Antrag wird angenommen.

s) BuVo – Kriegswaffenexporte

Der Antrag 12 s (AK29) wird angenommen.

nachgeholter 12 d)

Der Antrag 12 d (AK 15) wird angenommen.

Antrag zur Geschäftsordnung

Evgueni Kivman beantragt, den Parteitag bis 19 Uhr zu verlängern

Der Antrag wird abgelehnt.

Im Original unterschrieben von:

Versammlungsleitung: Thomas Kreidemeier, Bastian Röhm

Protokollführung: Marcel Krohn, Evgueni Kivman

Tag 2 – 06.11.2022

Beginn am 06.11.22: 09.45 Uhr

Ende am 06.11.22: 16:35 Uhr

Jemand schlägt vor, TOP 14 und 16 vorzuziehen und sofort zu behandeln.
Der Antrag wird angenommen.

Jemand schlägt Scarlett Tremel für die Protokollführung vor, weil Marcel Krohn nicht mehr anwesend ist.
Der Antrag wird angenommen.

TOP 14: Anträge Teil 4, Weiteres zur Satzung oder satzungsrelevanten Ordnungen

a) BuVo – BPT-GO – Rederecht der Gäste

→
Angenommen

b) BuVo – BS – BGF in 13.3 aufnehmen

→
Angenommen

Die Anträge c und d werden nicht eingebracht; e war bereits am Vortag eingebracht. f) BuVo – BFO – Verwaltungskosten und Mitgliedsbeiträge

→
Abgelehnt

g) LaVo BW – BWO – Vertrauenspersonen und Wahlhelfer (AK34)

→
Angenommen

h) BuVo – BFO – Flexibilisierung Kostenerstattungen (AK35)

→
Angenommen

i) BuVo – BFO – Grundlage von Kostenerstattungen (AK6)

→
Angenommen

l) BuVo – BFO – Spendenzuordnung (AK36)

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

- Rot 3
- Grün 16
- Gelb 6

→ Angenommen

m) BuVo – BFO – Diverse Streichungen (AK42)

→ Angenommen

TOP 16: Anträge Teil 5, Sonstige & neu ab Oktober 2022 dazugekommen

a) BuVo – GSP – leichte Sprache

→ Angenommen

b) BuVo – Barrierefreies Web

→ Angenommen

c) BuVo – Gender

→ Angenommen

d) BuVo – BAKs – BAK Kulturpolitik

→ Angenommen

Jemand schlägt eine Änderung bei der Behandlung der Anträge und Umstellung der Tagesordnung vor:

Es soll festgestellt werden, dass im Sinne von § 6.8 Geschäftsordnung zum Bundesparteitag die Anträge unter TOP 16i (AK53) und unter TOP 16p (AK58) voneinander unabhängige Änderungsanträge zum Antrag unter TOP 16e (AK49) sind und der Antrag unter TOP 16l (AK56) ein Änderungsantrag zum Antrag unter TOP 16j (AK57) ist.

→ Angenommen

Der TOP 16i wird vor den TOP 16e verschoben, der TOP 16p wird vor den TOP 16e verschoben, der TOP 16l wird vor den TOP 16j verschoben.

→ Angenommen

i) BuVo – Zusammensetzung der Mitgliederverwaltung

→
Angenommen

p) Buvo – Aufnahmeautomatismus nach ausbl. Aufnahmeentscheidungen von Lavos (AK58)

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

→
Angenommen

e) Buvo – Mitgliederaufnahmeregelung umsortieren

→
Angenommen

f) Buvo – Streichung der LV-spezifischen Jugendorganisationen

→
Angenommen

g) Buvo – Spezifizierung unvereinbarer Wählervereinigungen

→
Abgelehnt

h) Buvo – Erster Mitgliedsbeitragseinzug

→
Angenommen

l) Buvo – Mitgliederprüfung

→
Angenommen

j) Buvo – Zerlegung eines langen Satzes

→
Angenommen

k) Buvo – Adressat von Mitgliedsanträgen

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

→
Angenommen

m) Buvo – Frist zur Entscheidung über Mitgliedsanträge

→
Abgelehnt (Grün 6)

n) Buvo – Streichung des doppelten Stimmgewichts der Vorsitzenden

→ Angenommen

o) Buvo – Formales zur Probemitgliedschaft

→ Angenommen

q) LV Hessen – Schaffung einer Stelle im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung

Jemand beantragt, die Rednerliste zu schließen.
Der Antrag wird angenommen.

- 14 grün
- 9 rot
- 5 gelb

→ Angenommen

TO-Antrag: Mittagspause

→ Angenommen

Initiativantrag an den 43. Bundesparteitag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass allen Landesvorständen in zweimonatigem Turnus ein Auszug aus der Mitgliederdatenbank übermittelt wird, der folgende Daten aller Mitglieder des betreffenden Landesverbandes enthält: Name, Adresse, Telefon, Emailadresse, Eintrittsdatum, Mitgliedsnummer, Geburtstag und Höhe des Mitgliedbeitrages. Der Auszug geht jeweils an den:die Vorsitzende:n sowie an den:die jeweilige:n Mitgliederbeauftragte:n. Zwingende Voraussetzung für die Übermittlung ist die Unterzeichnung der Datenschutzvereinbarung gemäß Art. 26 Abs. 1 S. 2 DSGVO sowie die grundsätzliche Bestätigung, dass die Mitgliederliste gewünscht und auch genutzt wird.

Begründung: Aktuelle Mitgliederlisten sind unabdingbare Voraussetzung für eine Aktivierung der Mitglieder. Da bereits häufig Unmut laut wurde, sollte dieser Beschluss schnellstmöglich gefasst und umgesetzt werden.

Grün 7
Rot 14
Gelb 6

→ Antrag abgelehnt

Initiativantrag an den 43. Bundesparteitag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass

- den Landesvorständen vierteljährlich eine Berichterstattung über die Einnahmen und Ausgaben der Landesverbände zur Verfügung gestellt wird,
- Unterkonten nur mit Sichtvollmacht angelegt werden,
- der Bundesvorstand für die technischen Voraussetzungen einer adäquaten Buchführung in Absprache mit dem Steuerberater sorgt.

Begründung: Mit den vorstehenden Maßnahmen wird für Transparenz der Finanzen der Landesverbände gesorgt, die trotz mehrfacher Aufforderung immer noch nicht geschaffen wurde.

→ Antrag abgelehnt

TOP 13 Berichte der Mandatsträger:innen

Verschiedene Mandatsträger:innen berichten von ihrer Arbeit.

Jemand beantragt, jetzt den neu eingereichten Initiativantrag zu regelmäßigen Finanzberichten ab April 2023 zu behandeln

→ **Angenommen**

Initiativantrag an den 43. Bundesparteitag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass

- den Landesvorständen vierteljährlich eine Berichterstattung über die Einnahmen und Ausgaben der Landesverbände ab dem 01.01.2023, erstmalig im April 2023, zur Verfügung gestellt wird.
- Unterkonten für die Landesverbände, ausschließlich mit Sichtvollmacht für die Landesschatzmeister, ab April 2023 angelegt werden.

→ Antrag angenommen

TOP 15 Berichte aus Bundesarbeitskreisen

Aus einigen Bundesarbeitskreisen wird berichtet.

TOP 17 Sonstiges; offene Diskussionsrunde

Es wird über das Thema Design gesprochen.

Thomas Kreidemeier beantragt, die Redezeitbegrenzung auf pauschal 2 Minuten pro Beitrag zu ändern.

→ **Angenommen**

Es wird über das Thema Satzungskommission gesprochen.

Es wird über das Thema Europawahl gesprochen.

Es wird über das Thema Fusion mit der V-Partei³ gesprochen.

Stuttgart, den 15.12.22

Im Original unterschrieben von:

Versammlungsleitung: Thomas Kreidemeier, Bastian Röhm
Protokollführung: Scarlett Treml, Evgueni Kivman